

Selbstdispensation ist gesetzeskonform

Grundlegendes Urteil des Bundesgerichts

Das Bundesgericht bestätigte die Zürcher Volksabstimmung aus dem Jahr 2008 über die ärztliche Medikamentenabgabe. Nach der Ablehnung zweier Stimmrechtsbeschwerden lehnte es auch die Beschwerde der Zürcher Apotheker ab. Das Urteil macht nun den Weg frei, damit die praktizierenden Ärzte der Städte Zürich und Winterthur ihren Patientinnen und Patienten endlich Medikamente abgeben dürfen.

SVEN BRADKE

Am 30. November 2008 entschied sich das Zürcher Stimmvolk zum dritten



Mal mit klarer Mehrheit für die ärztliche Medikamentenabgabe. Daraufhin wurden über alle Instanzen hinweg Stimmrechtsbeschwerden gegen das Abstimmungsergebnis geführt. Wenige Wochen nach dem Abstimmungstermin reichten die Zürcher Apotheker zudem

eine materielle Beschwerde beim Bundesgericht nach. Diese qualifizierte die ärztliche Medikamentenabgabe, neben anderem, als unvereinbar mit dem Art. 37 Abs. 3 KVG, weshalb die Zürcher Abstimmung ungültig und zu annullieren sei.

Ärztliche Medikamentenabgabe ist gesetzeskonform

Das Bundesgericht, bestehend aus fünf Richtern, urteilte in Lausanne mit 3:2 erneut, dass Artikel 37 Abs. 3 KVG eine reine programmatische Richtungs-

weisung für die Kantone darstelle. Die Kantone seien in der Ausgestaltung dieses Artikels frei und autonom. Sie könnten die ärztliche Medikamentenabgabe, die juristisch als Selbstdispensation (SD) bezeichnet wird, über ihre Gesetzgebung zulassen, einschränken oder verbieten. So wie sie bis heute in 13 Kantonen (AI, AR, SG, TG, GL, LU, SZ, UR, NW, OW, ZG, SO, BL) vollends sowie in 4 Kantonen (ZH, BE, GR, SH) teilweise respektive in 9 Kantonen nicht zugelassen sei. Die Beratung bestätigt somit die bisherige Auffassung des Gerichtes zu dieser Frage.

Wahlfreiheit der Patienten wird geschützt

Dies hat zur Folge, dass das Bundesgericht der seitens der Ärzteschaft gewonnenen Zürcher Abstimmung aus dem Jahr 2008 «grünes Licht» gab. Der Inhalt des damaligen Initiativtextes, namentlich die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten, selber entscheiden zu können, wo sie ihre Medikamente beziehen möchten, kann in Rechtskraft erwachsen. Somit dürfen neu im Kanton Zürich bald auch die praktizierenden Ärzte der Städte Zürich und Winterthur, wie ihre Kollegen auf dem Land, in ihren Praxen Medikamente abgeben.

Urteil von schweizweiter Bedeutung

Für die Schweiz bedeutet dieses Urteil, dass nunmehr in 14 Kantonen die ärztliche Medikamentenabgabe vollends sowie in 3 Kantonen teilweise möglich ist. Neu ist dies nun auch im bevölkerungsreichsten Kanton des Landes der Fall. Zudem werden mit diesem Urteil alle Diskussionen darüber beendet, dass das neue Medizinalberufegesetz die ärztliche Medikamentenabgabe nicht zuliesse. War dieses doch seitens des Gerichts gar kein Thema.

Akzeptieren und Frieden schliessen!

Die Zürcher Apotheker werden aufgerufen, die Resultate der drei Volksabstimmungen (endlich) sowie dieses höchstrichterliche Urteil demokratisch anzuerkennen. Die Bevölkerung des Kantons Zürich hat es verdient, dass zwischen den Apothekern und den Ärzten nach mehr als zehn Jahren wieder «Frieden» einkehrt. Beide Berufe sind für das Gesundheitswesen von Bedeutung, weshalb eine bestmögliche Zusammenarbeit angestrebt werden sollte. Letztlich liegt es bei den Patienten, wo sie ihre Medikamente beziehen möchten. Entweder direkt beim Arzt, in der nächsten Apotheke oder allenfalls über eine Versandapotheke.

Schnelle Umsetzung des Urteils

Vom Zürcher Gesundheitsdepartement erwartet die Ärzteschaft nun, dass es die nötigen Verordnungen schnellstmöglich erlässt und das Bewilligungsverfahren für Praxisärzte der Städte Zürich und Winterthur baldmöglichst eröffnet. Geht es doch darum, den Volkswillen aus dem Jahr 2008 zügig und korrekt umzusetzen. ❖

Dr. Sven Bradke
Geschäftsführer der Ärzte
mit Patientenapotheke (APA)